

Einwendungen geben Stoff für ganzes Buch

Anwohner wehren sich gegen Solarpark im Pfarrhofstal – Gemeinderat beschließt Abwägungen – Zweite Auslegung folgt

Von Franz Gilg

Taubenbach. Der Gemeinderat Reut hat im Taubenbacher Bürgerhaus getagt. Hauptpunkt war der geplante Solarpark Reut, gegen den einige Anwohner massiven Widerstand leisten. Als das Projekt vor ein paar Jahren bekannt wurde, sorgte es für viel Wirbel, weil dadurch angeblich das „Naturparadies Pfarrhofstal“ verschandelt werde. In der Konsequenz hat die Gemeinde einen Kriterienkatalog für Freiflächen-PV-Anlagen erstellt, an den sich alle Investoren halten müssen. Doch die Kritik gegen den Standort riss nicht ab und das Verfahren zog sich in die Länge.

Wie bei jedem Solarpark in freier Natur muss hierfür – zumindest derzeit noch – der Flächennutzungsplan der Gemeinde geändert und ein Bebauungsplan mit integrierter Grünordnung aufgestellt werden. Die Entwürfe lagen im vergangenen Sommer einen Monat lang öffentlich aus. Danach hatten Behörden und betroffene Bürger Gelegenheit, schriftlich Stellung zu nehmen und gegebenenfalls Einwendungen vorzubringen.

70 Stunden gebraucht, um
Widersprüche abzuarbeiten

Dass der Gemeinderat diese erst jetzt behandeln konnte, lag an den umfangreich ausformulierten Widersprüchen von Privatpersonen. Rund 80 Seiten hatten sie verfasst. Und mit allen vorgebrachten Punkten musste sich die Verwaltung befassen, um der Sorgfaltspflicht nachzukommen. Jedes Argument wurde kommentiert – im Fachjargon „abgewogen“. Geschäftsleiter Thomas Klein sprach von geschätzt 70 Stunden, die er und seine Kollegen für diese Arbeit aufgewendet haben.

Was die Stellungnahmen der „Träger öffentlicher Belange“ betraf, war man schnell durch. Sie wiederholen sich im Grunde bei fast allen Verfahren für Solarparks. Brit Lieback von der Investor-Firma „Anumar“ aus Ingolstadt trug die wichtigsten Punkte vor. Echte Einwände, die das Projekt infrage stellten, gab es nicht. Das meiste beschränkte sich auf allgemeine oder spezielle Hinweise, die zu beachten sind.

Es ging dabei unter anderem um die Standortfrage, den Kriterienkatalog, die blickdichte Eingrünung des Geländes, die Löschwasserversorgung, die Zufahrten für Feuerwehren, einen Feuerwehrplan, den Grundwasserschutz, die Geräusch-Emissionen und den Abstand der Modulreihen zum Pfarrhofgrundstück. Dieser ist auf 55 Meter vergrößert worden.

Breites Spektrum
an Befürchtungen

Anders verhält es sich mit den vier privaten Einwendungsführern. Die wichtigsten Passagen aus ihren Schreiben mit den jeweiligen Abwägungen der Gemeinde verlas der Geschäftsleiter. Er schickte voraus, dass vieles, was vorgebracht wurde, nicht Bestandteil des Verfahrens ist oder als unsachlich bezeichnet werden kann. Innerhalb der Texte gebe es zahlreiche Wiederholungen und auch inhaltlich seien die vier Widersprüche fast identisch.

Die Befürchtungen, was der Solarpark an Schäden anrichten könne, waren vielfältig und extrem. Die Kritiker verwiesen auf Abschaltungen durch den Netzbetreiber, den Lärm der Wechselrichter, die Bodenversiegelung, die Verschandelung der Landschaft oder die Gefahr fürs Grundwasser durch die Verankerung der Module. Die Anlage bewirke einen Wertverlust des Eigentums in der Nachbarschaft, vermindere die Wohn- und Lebensqualität und habe trotz Eingrünung eine

Blendwirkung, weil sie vom ersten Obergeschoss aus zu sehen sei. Die „chronische Lärmbelastung“ und der Elektrosmog würden zu erheblichen Gesundheitsschäden führen. Letztendlich beeinflussen solche Solarparks auch das Klima und führen zu erhöhten Preisen für landwirtschaftliche Produkte infolge des Wegfalls von Anbauflächen, heißt es in den Schreiben. Besonders störte sich die Einwendungsführerin, dass für die Anlage auch einige wertvolle Bäume, in denen seltene Vogelarten nisten, gefällt werden müssen. Das sei definitiv nicht der Fall, heißt es in den Abwägungen. Alle Bäume bleiben stehen. Und auch die übrigen Bedenken konnten durch Verweise auf Fachgutachten, Erfahrungswerte, Gegenargumente oder den gesunden Menschenverstand entkräftet werden. Es wurde ferner unterstellt, im Gemeindegebiet Reut gäbe es 30 geplante Solarparks. Auch das entbehre jeglicher Grundlage. Eine Anlage steht bereits, eine zweite sei genehmigt, und diese – mit 3,3 Hektar Modulfläche die größte – wäre die dritte. Weitere könnten folgen, aber nicht im befürchteten Ausmaß.

Dachanlagen alleine
reichen nicht aus

Nach Behandlung der Stellungnahmen wurden die Abwägungen vom Gemeinderat einstimmig beschlossen. Anschließend billigte man den Entwurf des Flächennutzungsplanes mit Landschaftsplan sowie den vorhabenbezogenen Bebauungsplan für das Sondergebiet „PV-Anlage Reut“, erstellt durch das Planungsbüro „Land Schafft Raum“ aus Mühlendorf. Die Unterlagen werden erneut öffentlich ausgelegt – mit der Möglichkeit weiterer Einwendungen.

Bürgermeister Alois Alfranseder bemerkte zu diesem Thema, dass man sich als Gemeinde durchaus Gedanken mache, wenn es um solche Vorhaben geht. Nicht umsonst habe man einen Kriterienkatalog und ein Energiekonzept erstellt. Letzteres zeige, dass Reut seinen Strombedarf aus eigener Kraft noch nicht decken kann. Erst zehn Prozent der Dachflächen seien mit PV-Modulen bedeckt. Werden 100 Prozent erreicht, bleibe immer noch ein Bedarf von etwa 13 Megawatt Leistung – umgerechnet also 13 Hektar für Solarparks. Die drei bisher behandelten Anlagen kämen da fast heran. Realistisch betrachtet kriege man aber längst nicht alle Dächer voll. In diesem Fall wären etwa 36 Hektar für Freiflächen-Anlagen im Gemeindebereich notwendig. Was den Solarpark im Pfarrhofthal betrifft, sei die Akzeptanz der Bürger groß. Auch Alfranseder hält den Bau für „vertretbar“, zumal eine Bürgerbeteiligung vorgesehen ist und man den produzierten Strom auch lokal verbrauchen könne. Hinzu komme die EEG-Zulage: Der Betreiber zahlt an die Gemeinde 0,2 Cent pro Kilowattstunde, die mit der Anlage produziert wird. In ein paar Jahren fällt dann auch Gewerbesteuer an.

2. Bürgermeister Heinrich Hutterer konnte dem Rathauschef nur beipflichten. „Wir haben es uns hier nicht leicht gemacht. Außerdem habe ich in allen Gesprächen mit Bürgern nur Zustimmung für diesen Solarpark erfahren.“

Regina Ramstetter bezeichnete die erneuerbaren Energien als „alternativlos“ im Kampf gegen den Klimawandel. Verständlich sei aber, dass man solche Anlagen ungern vor der eigenen Haustür hat.

Gerhard Dorfner verwies auf den „schwierigen Standort“. Trotzdem stimmte er zu. Von den Investoren forderte er, dass sie die offenen Punkte – Lautstärke der Wechselrichter und Löschwasserversorgung – unbedingt noch klären. Das sei wichtig, um die Akzeptanz der Anlage zu verbessern.

